

ÖPNV und Schülerbeförderung bleiben eine Herausforderung in der Pandemie

Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages (SHLKT), der neben den elf Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten die Landrätin und Landräte sowie weitere 39 Kreistagsmitglieder angehören, hat sich heute erstmals vollständig digital zusammengefunden und sich neben den finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für die Kreishaushalte und den Auswirkungen der Kita-Reform intensiv mit den aktuellen Herausforderungen im ÖPNV und im Schülerverkehr befasst.

Die Kreise in Schleswig-Holstein begrüßen es, den Regelbetrieb der Schulen aufrecht zu erhalten, zumal kaum Fälle bekannt sind, in denen es zu Infektionen innerhalb der Schule oder im Umfeld des Schülerverkehrs gekommen ist. Die Kreise sind weiterhin bestrebt, den Schülerverkehr noch sicherer zu machen und Schülerinnen, Schülern und Eltern eine „angstfreie“ Beförderung zu ermöglichen. Dazu wurden in einigen Kreisen auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, **Landrat Reinhard Sager** (CDU), bremst aber übertriebene Erwartungshaltungen: *„Wenn von Branchenvertretern und vereinzelt auch aus der Landespolitik der Eindruck erweckt wird, mit zusätzlichem Geld und zusätzlichen Bussen wäre das Problem flächendeckend zu lösen, ist das unlauter. Jeder weiß, dass Mindestabstände nur mit einer Vervielfachung der Buskapazitäten machbar sind. Diese stehen aber weit und breit nirgendwo zur Verfügung. Wir sind uns daher mit dem Bildungsministerium sehr einig, dass alle Maßnahmen nur dazu dienen können, dort gezielt gegenzusteuern, wo es regelmäßig zu engen Ansammlungen kommt. Wir erwarten, dass das Land die Kosten dafür übernimmt.“* An solchen Lösungen arbeiteten alle Kreise seit Beginn der Pandemie mit Nachdruck.

Dazu gehörten auch gestaffelte Schulanfangszeiten und andere schulorganisatorische Maßnahmen. Diese würden auch, wo immer möglich, in einem guten Austausch zwischen Schulämtern, Ministerium, den Kreisen als Aufgabenträgern und den Unternehmen umgesetzt. **Ingo Degner** (SPD), stellvertretender Vorsitzender des SHLKT und Kreistagsabgeordneter im Kreis Schleswig-Flensburg, erläutert dazu aber: *„Gestaffelte und mit dem Linienverkehr abgestimmte Anfangszeiten können für eine gewisse Entlastung sorgen, doch dafür bedarf es einer hohen Flexibilität bei allen Beteiligten, insbesondere der Schulen. Gerade bei längeren Linien im ländlichen Bereich, die viele Schulen nacheinander anfahren, stößt die Möglichkeit, über Staffellungen eine bessere Verteilung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen, an ihre Grenzen – erst recht wenn der Präsenzunterricht uneingeschränkt fortgesetzt wird. Dennoch ist es den Kreisen teilweise auch im ländlichen Bereich gelungen, diese Herausforderung zu meistern.“*

Vor dem Hintergrund dieser Sondersituation stellt die Mitgliederversammlung daher mit großer Mehrheit fest: *„Die Krise zeigt erneut, wie wichtig eine auskömmliche Finanzierung des ÖPNV für ein Flächenland ist. Dies kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten gelingen. Das Engagement von Bund und Ländern in Form eines Corona-Rettungsschirmes ist daher ebenso zu begrüßen, wie die im Zuge der Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs erfolgte Zuführung weiterer Landesmittel für den ÖPNV und vor allem die Dynamisierung auch der Landeszuschüsse.“* Da eine Rückkehr zu einem Fahrgast- und Einnahmeaufkommen auf Vor-Corona-Niveau noch nicht absehbar ist, wird der ÖPNV aber auf weiter nicht ohne eine stärkere finanzielle Unterstützung auskommen. Die Kreise fordern das Land auf, sich gegenüber dem Bund für eine Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirmes einzusetzen, um den ÖPNV als systemrelevanten Bestandteil der Daseinsvorsorge mindestens auf dem bestehenden Niveau aufrechterhalten zu können.

Abschließend stellten die Vertreter der Kreise klar, dass man sich der Verantwortung der Kreise ebenfalls bewusst ist. Dies zeigten die zahlreichen Akut-Maßnahmen der Kreise, z. B. in Form der Verstärkung stark ausgelasteter Linien.

Dr. Sönke E. Schulz, Geschäftsführer des SHLKT erläutert dazu: „Ob und inwieweit es Spielraum für ein dauerhaftes zusätzliches finanzielles Engagement gibt, wird man erst sehen, wenn die Corona-Folgen, die Wirkungen des Stabilitätspaktes und des neuen Finanzausgleichs belastbar feststehen. Dann ist es originäre Aufgabe der Kreistage, über politische Schwerpunktsetzungen zu entscheiden.“ Hinweise von außen, jetzt auf Basis unsicherer Zahlen schon mehr zu tun, verträgen sich nicht mit dem Ziel solider Haushaltsführung. „Die Absicherung der Finanzlage durch den Stabilitätspakt und das neue FAG schaffen Rechts- und Planungssicherheit, dienen der Finanzierung der Bestandsaufgaben und ermöglichen es, begonnene Projekte, z. B. bei Investitionen in die Infrastruktur, fortzusetzen und die Rolle der Kommunen als Motor der Konjunktur auch während und nach der Krise auszufüllen.“ Über zusätzliche Maßnahmen werde man voraussichtlich erst Ende des Jahres 2021 entscheiden können.